

1 **Gute Schule entsteht von unten**

2 **Grüne Bildungspolitik für ein zukunftsfähiges Bayern**

3
4 Bayern und Baden-Württemberg weisen viele Gemeinsamkeiten auf: als
5 Flächenstaaten mit städtisch wie ländlich geprägten Regionen, als starke
6 Wirtschaftsstandorte, verbunden mit hohen Anforderungen an die Qualifikation der
7 Menschen und in der Bildungspolitik ein festgefügtedreigliedriges Bildungssystem
8 als Erbe jahrzehntelanger CDU/CSU Regierungen. In innerdeutschen
9 Leistungsvergleichen zählen sie zwar durchaus zur Spitze, dennoch sind ihre Defizite
10 in Sachen Bildungsgerechtigkeit auch im Bundesvergleich groß und die Zahl der
11 Bildungsverliererinnen und Bildungsverlierer ist zu hoch. Der Übertritt auf Gymnasien
12 und Realschulen hängt in ganz besonderem Maße von der sozialen Herkunft ab,
13 Kinder mit Migrationshintergrund sind dabei besonders benachteiligt. Schlusslichter
14 im bundesweiten Vergleich sind die beiden Südländer beim Ausbau der
15 Ganztagesangebote (Bayern letzter, Baden-Württemberg vorletzter) und bei der
16 Inklusion.

17 Gemeinsam stehen beide Länder vor den Herausforderungen des demografischen
18 Wandels und damit der Gefährdung vieler wohnortnaher Schulstandorte im
19 ländlichen Raum. Weder die Einführung der Mittelschule in Bayern noch die der
20 Werkrealschule in Baden-Württemberg sichern auf Dauer ein wohnortnahes
21 weiterführendes Schulangebot; sie erreichen auch nicht die Akzeptanz bei den
22 Eltern.

23 Die grüne Südschiene in Sachen Bildungspolitik versteht sich aus einem ähnlichen
24 Verständnis von Schulreform als Antwort auf ähnlich gelagerte Probleme.

25
26 Wir fordern Schulmodelle, die

27
28 **a) Mit individueller Förderung den Kindern und Jugendlichen gerecht werden,**
29 Das Schulwesen der Zukunft muss die individuelle Förderung aller Kinder zum Ziel
30 haben, statt auf das vermeintlich „richtige“ Sortieren der Kinder auf unterschiedliche
31 Schularten zu setzen. Die SchülerInnen müssen ihre jeweils eigenen Potentiale
32 ausschöpfen können und ihre jeweiligen Bestleistungen erbringen. Damit muss
33 jede/jeder den individuellen Lernweg zum Lernziel erreichen. Das erfordert andere
34 Lernsettings, individualisierte Lernformen, weniger Frontalunterricht und mehr
35 selbstständiges Lernen der SchülerInnen.

36
37 **b) gleiche Bildungschancen für alle schaffen,**
38 ungeachtet der sozialen Herkunft, des Bildungshintergrundes der Eltern und des
39 Wohnortes.

40

41 **c) die Schule im Dorf erhalten,**

42 indem sie angesichts der demographischen Entwicklung und des Übertrittsverhaltens
43 allen Kinder nach der vierten Klasse ein Angebot vor Ort machen.

44 Baden-Württemberg hat durch die neue grüne Regierung einen zeitlichen Vorsprung
45 bei der Umsetzung einer neuen Bildungspolitik. Bei unserer Fraktionsklausur in
46 Günzburg wollen wir wissen: Wie setzen Bündnis 90/Die Grünen in Baden-
47 Württemberg ihre Schulpolitik um? Was sind die ersten konkreten Schritte? Welche
48 Schwierigkeiten gibt es? Und wie ist die Resonanz im Land? Mit diesen Erfahrungen
49 wollen wir unsere eigenen Bildungskonzepte und Strategien prüfen, wollen diese
50 ausformulieren und letztlich die Grüne Südschiene Bildung durch Regieren 2013
51 auch in Bayern fortsetzen.

52

53 **Das Schulsystem in Bayern – in Schieflage, mit Druck, sozial ungerecht und**
54 **nicht zukunftsfest**

55 Ursprünglich als Schule für den „Hauptteil“ eines Schülerjahrganges konzipiert, ist die
56 Hauptschule in Bayern heute die Schulart, die nach der vierten Klasse den
57 geringsten Anteil an Übertritten aufweist. Die neue „Hauptschule“ ist – trotz der im
58 bundesweiten Vergleich rigidesten Übertrittsregelung – das Gymnasium. Wenn
59 Minister Spaenle jetzt von einer „Stabilisierung der Mittelschule“ spricht, geschieht
60 das aufgrund nicht nachvollziehbarer Zahlen. Die Übertrittsquoten weisen zudem
61 große regionale Unterschiede auf. Ein Drittel der Schüler des Gymnasiums verlässt
62 dieses im Lauf der Schulzeit wieder, wie auch ein großer Teil der RealschülerInnen.
63 Diese Kinder kehren z. T. auf die (Haupt)Mittelschule zurück. Das bayerische
64 Schulsystem ist also weder „begabungs-“ noch „leistungsgerecht“.

65 In keinem Bundesland wird (laut Umfragen) der Druck, den Schule auf SchülerInnen,
66 aber auch auf Eltern und Lehrkräfte ausübt, als so stark empfunden wie in Bayern.
67 Besonders gravierend ist der „Auslesedruck“ wegen des Übertritts nach Klasse vier,
68 der sich in starkem Maße auf die Arbeit in Grundschulen auswirkt.

69 Bayern hat zu viele BildungsverliererInnen. Wir dürfen aber keinen verloren geben,
70 aus sozialen Gründen, aber auch aufgrund der Anforderungen eines künftigen
71 Arbeitsmarktes.

72

73 Die Schulpolitik von heute muss eine Antwort auf den demographischen Wandel
74 geben. So wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Bayern bis zum Jahr 2025
75 ein Minus von 29 Prozent an Hauptschulen, 15 Prozent an Realschulen und 21
76 Prozent an Gymnasien aufweisen. Eine Vielzahl der heutigen Schulstandorte wird
77 dann, wenn heute nicht umgesteuert wird, nicht mehr existieren. Wohnortnahe
78 Bildungsangebote im ländlichen Raum, die entscheidende Standortkriterien sind,
79 sind dann verloren.

80

81 **Mit dem Modell der Gemeinschaftsschule geht Baden-Württemberg neue Wege**

82 Baden-Württemberg ermöglicht zum kommenden Schuljahr Gemeinschaftsschulen als
83 weiterführende Schule (Sekundarstufe I) sowie die Freigabe des Elternwillens beim Übertritt
84 nach Klasse 4. Im Schulgesetz ist die individuelle Förderung ausdrücklich als Auftrag und
85 Merkmal der Gemeinschaftsschule festgeschrieben. Sie ist eine Ganztagschule und
86 vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang SchülerInnen der Sekundarstufe I je nach
87 ihren individuellen Leistungsmöglichkeiten eine der Hauptschule, der Realschule, dem
88 Gymnasium sowie der Sonderschule (Inklusion) entsprechende Bildung. Den
89 unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler entspricht sie durch
90 an individuellem und kooperativem Lernen orientierten Unterrichtsformen. Nach
91 pädagogischen Gesichtspunkten werden Lerngruppen gebildet. Leitend für die Bildung
92 dieser Lerngruppen sind jedoch nicht schulartspezifische, sondern pädagogische
93 Gesichtspunkte. In der Regel müssen Gemeinschaftsschulen mindestens zweizügig sein, in
94 Ausnahmefällen sind auch einzügige möglich. Auf Antrag vom Schulträger, mit Zustimmung
95 der Schulkonferenz, wird die Einrichtung einer neuen Schule bzw. Umwandlung einer
96 bestehenden beantragt und vom Kultusministerium genehmigt.
97 An der Gemeinschaftsschule unterrichten Lehrkräfte aller bestehenden Schularten. Als
98 Abschlüsse, einschließlich des Übergangs zur gymnasialen Oberstufe, sind möglich.

99
100 **Grüner Weg für Bayern – Mit der Öffnungsklausel zur Gemeinschaftsschule**

101 Wir Grünen wollen uns auch in Bayern auf den Weg machen. Wir wissen: Gute Schule
102 entsteht von unten, als Schulentwicklung der ExpertInnen an der Schule und mit der
103 Beteiligung der BürgerInnen vor Ort. Deshalb brauchen wir in Bayern einen Politikwechsel –
104 weg vom Verordnen von oben zum Ermöglichen von Entwicklung von unten. Ob Grund-
105 ,Real-, (Haupt)Mittelschulen oder Gymnasien – alle Schulen sollen sich weiterentwickeln
106 können. Überall vor Ort gibt es dabei gute Ideen und gute Konzepte. Schule ist eine der
107 wichtigsten Institutionen des Gemeinwesens, deshalb wollen wir Bürgerinnen und Bürger
108 aktiv an der Gestaltung der regionalen Schullandschaft beteiligen.

109 Das Modell Gemeinschaftsschule ist sicher zunächst interessant für heutige
110 (Haupt)Mittelschulen, die bei rückläufigen SchülerInnenzahlen dann allen Kindern des
111 Dorfes/Gemeinde/Stadtteils nach der Grundschule ein Angebot mit allen Abschlüssen und
112 Anschlüssen nach Klasse neun und zehn anbieten können, es wird aber bei zurückgehende
113 SchülerInnenzahlen auch Gymnasien und Realschulen geben, die diesen Weg gehen
114 wollen.

115 Mit einer Gesetzesänderung (Öffnungsklausel) sollen Kommunen und Schule in die Lage
116 versetzt werden, flexibel entsprechend der Gegebenheiten vor Ort reagieren zu können.
117 Die Aufgabe der Landespolitik dabei ist, die gesetzlichen Voraussetzungen sowie die
118 unterstützenden Rahmenbedingungen zu schaffen und Zielvorgaben sowie Qualitätskriterien
119 (individuelle Förderung) aufzustellen, wonach sich die Schulentwicklung ausrichtet. Die
120 Schulen haben in diesem Rahmen die Freiheit ihre pädagogischen Konzepte auf den Weg
121 zu bringen, von Erfahrungen zu lernen und ihre Konzepte weiterzuentwickeln.

122

123 Eine solche Gemeinschaftsschule braucht eine gute allgemeine Ausstattung und
124 multiprofessionelle Teams an jeder Schule. Sie ist eine Ganztagschule. Schulsozialarbeit
125 und Schulpsychologie muss im Schulalltag verankert sein, damit Kinder mit
126 unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und unterschiedlicher sozialer Herkunft optimal
127 gefördert werden können. Die Gemeinschaftsschule ist eine inklusive Schule. Gemeinsames
128 Lernen in heterogenen, klasseninternen Gruppen soll gegenüber einer Kursbildung zur
129 Leistungsdifferenzierung Vorrang haben. Sitzenbleiben wird es künftig nicht mehr geben.
130 Die Gemeinschaftsschule bietet alle Abschlüsse der Hauptschule, der Realschule und den
131 Weg zum Abitur entweder mit eigener Oberstufe oder am Gymnasium an.
132

133 *Thomas Gehring, MdL, schulpolitischer Sprecher*